

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Nebaktion: E. Heutmann in Düsseldorf 51, Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. sind zunächst an den betr. Bezirksvorständen einzufügen. Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 15. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf.

Düsseldorf, den 11. April 1908.

Fernsprech-Nummer 4423.

10. Jahrgang.

Zur Einführung des Zweistuhlsystems in Aachen.

Die in der letzten Zeit eingetretenen Streitigkeiten in einigen kleinen Betrieben, so wird uns geschrieben, haben dazu geführt, daß das Zweistuhlssystem wieder in den Vordergrund der Erörterungen zu drängen. Im Jahre 1896 versuchte eine Firma in Copen, den Doppelstuhl einzuführen. Die Firma wollte damals ihre komplizierten Artikel auf dem Doppelstuhl verarbeiten lassen, welches von der Belegschaft abgelehnt wurde. Ein schwedischer Streit führte dazu, daß die Firma von der Einführung abhielt. Dieser Widerstand der Kollegen und Kolleginnen hat sich bis in die letzten Jahre hinein erhalten. Indes ist die Tatsache nicht zu verleugnen, daß zahlreiche und namhafte Konkurrenzplätze das Zweistuhlsystem längst mit Erfolg eingeführt haben, und, wie die Arbeitgeber behaupten, zum Nachteil der Aachener Textilwirtschaft. Die Aachener Textilindustrie hat im letzten Jahrzehnt keine Ausdehnung, vielmehr einen Stillstand erfahren, und die Fabrikanten weisen nach, daß leichtere Artikel, die sich zur Herstellung auf dem Doppelstuhl eignen, mehr und mehr aus den Aachener Webereien verschwinden und der auswärtigen Konkurrenz anheimfallen.

Im Jahre 1903 wurde zwischen dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter und dem Verband der Arbeitgeber der Aachener Textilindustrie zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und Arbeitern ein Schiedsgericht vereinbart. Als im Jahre 1905 die Arbeiterschaft bei diesem Schiedsgericht die Einführung eines allgemeinen, einheitlichen Lohntarifs in Antrag brachte, forderten die Unternehmer ihrerseits die Einführung des Zweistuhlsystems. Das Schiedsgericht erklärte den allgemeinen Lohntarif als wünschenswert, befürwortete zunächst die Einführung von Einzelstartern in allen Fabriken mit Sicherung eines Minimal-Durchschnittslohnes und verteidigte die Frage des Zweistuhls bis März 1906. Am 5. April 1906 vereinbarte das Schiedsgericht die verfahrsweise Einführung des Doppelstuhs für die Zeit bis 1. Juli 1907 unter Bedingungen, die im wesentlichen dahin lauteten:

1. Die Verwendung des Doppelstuhs darf nicht mehr als 5% der beschäftigten Weber oder 10% der vorhandenen Stühle in den einzelnen Betrieben umfassen.

2. Eine Entlassung von Arbeitern wegen Einführung des Doppelstuhs darf nicht stattfinden.

3. Es soll keine komplizierte Ware auf dem Doppelstuhl hergestellt werden.

4. Stühle mit mehr als 85 Touren sollen zum Doppelstuhl in der Regel nicht verwandt werden.

5. Hat ein Doppelstuhlwirker in zwei Wochen (d. h. in 12 Arbeitstagen) weniger als 52 Mark verdient, so ist die Differenz zu erlegen.

6. Arbeiterrinnen dürfen auf Kurbelstühlen nicht im Zweistuhlsystem beschäftigt werden.

7. Wegen einer etwaigen Weigerung, auf dem Doppelstuhl zu arbeiten, darf eine Pflichtsetzung des betreffenden Arbeiters nicht erfolgen.

8. Das Doppelstuhlsystem soll wieder befeitigt werden, wenn andere Konkurrenzplätze von dem System Abstand nehmen.

Nachdem nun das Versuchsjahr verstrichen, ohne daß die Arbeitgeber unter den am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen den Doppelstuhl einführten, erhielten wir unter dem 20. Juli v. J. folgendes Schreiben:

Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Aachen.

Aachen, den 20. Juli 1907.

An den Vorstand des Centralverbandes christlicher Textilarbeiter, z. H. des Herrn F. Sistennich,

Hierbei ist.

Unter Bezugnahme auf den Beschluß des einstigen Schiedsgerichts zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Textilindustrie hierbei vom 5. April 1906 in Sachen der Einführung des Doppelstuhlsystems für die Aachener Weberei teilen wir zu Ihrer Kenntnisnahme mit, daß nachdem das Probejahr — 1. Juli 1906 bis 1. Juli 1907 — für die Einrichtung des Zweistuhlsystems infolge des passiven Widerstandes der Arbeiterschaft ergebnislos verlief, die betreffende Entscheidung des Schiedsgerichts gegenstandslos und ganz wertlos für die Industrie geworden ist.

Wir sind zwar der Ansicht, daß der für das Probejahr garantierte Wochen-Weblohn von 26 Mtl. auch heute noch bei Verwendung gewisser Aachener Webstühleraten gezahlt werden kann, dagegen dürfte die jüher in Aussicht genommene generelle Verwendung alter Stühle für das Doppelstuhlsystem jetzt nicht mehr als rentabel anzusehen sein, umso weniger, als die Arbeiterschaft sich nicht damit abfinden wollte, die Aachener Textilindustrie bei Zeiten in die Lage zu setzen, die alten Webstühle dem Zweistuhlsystem aufzubauen zu können. Nunmehr wird man dazu übergehen müssen, in direkter Konkurrenz mit andern Plätzen das Zweistuhlsystem unter Verwendung moderner Webmaschinen durchzuführen.

Hochachtend!
Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Aachen
F. Delius.

Unter dem 1. August 1907 erging unsere Antwort. Dieselbe lautete:

Centralverband
christl. Textilarbeiter Aachen, den 1. August 1907.
Bezirk Aachen.

An den
Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Aachen,
z. H. des Herrn F. Delius
Hierbei ist.

Indem wir den Empfang Ihrer Bischrift vom 20. v. J. bestätigen, sehen wir uns veranlaßt, folgendes darauf zu erwidern:

1. Den Vorwurf des passiven Widerstandes unserer Mitgliedschaft gegen die probeweise Einführung des Zweistuhlsystems unter den am 5. April 1906 vor dem Schiedsgericht vereinbarten Bedingungen müssen wir nach wie vor als unberechtigt zurückweisen.

Abgesehen davon, daß nach Punkt 7 der Vereinbarungen kein Arbeiter gezwungen werden konnte, das Zweistuhlsystem zu akzeptieren, ist unser Vorstand auch kein Fall bekannt geworden, in dem ein Arbeitgeber einem seiner Weber das Zweistuhlsystem unter den sämtlichen vereinbarten Bedingungen abgesetzt hätte. Wohl verlangten einzelne Arbeitgeber die Bedienung von zwei Stühlen seitens des einen oder andern ihrer Arbeiter. Diese Arbeitgeber verlangten jedoch, entgegen den Bestimmungen von Punkt 5 getroffenen Vereinbarung entweder, daß auch der Nebenstuhl mit mehr als einem Schuh belegt werde, oder aber, sie weigerten sich, den ebenfalls nach Punkt 5 vereinbarten Mindestlohn von 52 Mtl. in 12 Arbeitstagen zu garantieren.

2. Ihrer Bischrift entnehmen wir ferner, daß der Arbeitgeberverband beauftragt, nicht nur die am 5. April 1906 vom Schiedsgericht vereinbarten Bedingungen zwecks verfahrsweise Einführung des Zweistuhlsystems für die Folge nicht mehr anzuwenden, sondern auch unter einstellig fehlzuehrenden Bestimmungen ohne schiedsgerichtliche Vereinbarung das Zweistuhlsystem einzuführen.

Da ein solches Vorgehen gegen den Wortlaut und den Sinn der grundlegenden Bestimmungen des Schiedsgerichts verstoßen würde, könnten wir uns unter keinen Umständen damit einverstanden erklären.

Indem wir noch bemerken, daß die Centralleitung unseres Verbandes erst nach einiger Zeit zu unserer Angelegenheit Stellung nehmen kann, ziehen wir Hochachtend!

Centralverband christl. Textilarbeiter Deutschlands,
Bezirk Aachen.

F. Sistennich.

Selbstdem hat die Sache geruht. Erst nachdem bei einer Firma eine Verzerrung wegen Versteigerung der Zweistuhlschärfe stattgefunden hatte, ist auf Veranlassung des Arbeitgeberverbandes eine „unverbindliche Aussprache“ unter dem Vorstand des Herrn Oberbürgermeister gewünscht worden. Diese wurde am 13. März stattgefunden. In dieser Sitzung wurden von Seiten des Arbeitgeberverbandes die in einer Generalversammlung desselben festgestellten Bedingungen mitgeteilt. Dieselben gehen dahin:

1. Die im Jahre 1906 am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen werden als hinfällig erklärt.

2. Auf neur Verhandlungen vor dem Schiedsgericht resp. auf eine Festlegung neuer oder anderer Bedingungen geht der Arbeitgeberverband nicht ein.

3. Der Doppelstuhl wird verfahrsweise ohne Festlegung der zu verwebenden Artikel eingeführt.

4. Die Weber erhalten zu Anfang den im letzten Jahre in Affer verdienten Durchschnittslohn als Tagelohn und späterhin soll dann der Afferlohn für diejenigen Waren, die sich für den Doppelstuhl eignen, festgesetzt werden. Derselbe soll 20% mehr betragen als der bis jetzt auf einem Stuhl verdiente Lohn.

5. Es sollen keine Arbeitserlässungen stattfinden.

6. Sollen die Arbeitnehmer vor jedem Schaden geschützt werden.

7. Der Doppelstuhl soll unter Kontrolle einer Kommission der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verwendet werden.

Ferner gibt der Arbeitgeberverband in einer Denkschrift an den Herrn Oberbürgermeister bekannt, daß der Arbeitgeberverband entschlossen ist, die Versuche mit dem Doppelstuhl nunmehr wieder aufzunehmen und in größerem Umfang durchzuführen, in der Hoffnung, besseres Verständnis für die Besetzungen der Tuchfabrikanten zu finden. Ferneres umfächliches Verhalten der Arbeiterschaft müßte zweckmäßige Veranlassung geben, zum Schutz der Industrie mit gemeinsamen Maßnahmen einzuschreiten.

Die gemeinsamen Maßnahmen gehen dahin, sofern sich keine Weber für das Zweistuhlsystem finden, daß auf Anordnung des Arbeitgeberverbandes sämtliche Firmen mit der Einführung des Doppelstuhs vorbereiten müssen. Die betreffenden werden von den Firmen dazu bestimmt.

Bei dieser Besprechung kam in der ersten Sitzung sehr wenig heraus. Die Arbeitgeber bestanden auf den Beihang ihrer Generalversammlung. Auf Veranlassung des Herrn Oberbürgermeister wurde eine nochmalige Aussprache beschlossen. Des weiteren fand am 23. März eine Sitzung der „Sozialen Konvention“ statt, an welcher außer den Mitgliedern mehrere Städte und nicht interessierte Herren teilnahmen. In dieser Sitzung wurde ein Schreiben vom Arbeitgeberverband an den Oberbürgermeister verlesen, in welches darüber hinaus vermerkt wurde, daß der Fabrikdirektor Aachen seit dem

Jahre 1895 zurückgegangen ist. Aachen beschäftigte vor nahezu 20 Jahren dreihundert Arbeiterzahl wie heute. Die Anzahl der Textilbetriebe sei von 160 auf 146 zurückgegangen und die Produktion gegen frühere Jahre beträchtlich gesunken. Andere Städte wären erheblich gestiegen, bis um 100%, nur Aachen wäre zurückgegangen um 1,1%, gegen die andern Bezirke im Rheinland und Westfalen um 7,1%. In dieser Sitzung erklärten verschiedene Herren, daß es selbstverständlich wäre, daß die Arbeitgeber auch einen angemessenen Lohn zahlen sollten. Für die Versuche, welche Arbeiten sich für den Doppelstuhl eigneten, wäre der Durchschnittslohn des betreffenden Versuchsweber oder Weberin in Tagelohn nicht ausreichend. Die Arbeitgeber aber blieben auf ihrem Standpunkt stehen.

Am 25. März fand wieder eine unverbindliche Aussprache statt. Hier kam es soweit, daß beinahe die Verhandlungen gescheitert waren. Dem Herrn Oberbürgermeister, der den Vorstand führte, gelang es jedoch, die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Nach langerer Verhandlung erklärten sich die Arbeitgeber bereit, bei Überarbeit den Durchschnittslohn des verlosten Fahrzeugs und 20% Zusatzlohn als Mindestlohn zu zahlen. Die in Tagelohn beschäftigten Arbeiter erhalten ihren Durchschnittslohn und 15% Zusatzlohn. Nur solche Arbeiten sollen auf dem Doppelstuhl verarbeitet werden, die sich dazu eignen. Es soll kein Weber oder keine Weberin durch die Einführung des Doppelstuhs entlassen werden. Für die Berufszeit kommen nur 50—60 Weber und Weberinnen in Betracht. Nach der Versuchszeit (½ Jahr) wird das Schiedsgericht sich zusammenfinden und weitere Bedingungen festlegen.

Um 30. März fand in der Glashalle des Zoologischen Gartens eine stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Sistennich eröffnete dieselbe und eröffnete Bericht über die gepflogenen Verhandlungen. Er bemerkte:

Auf die Frage, ob uns die Bedingungen genehm sind, können wir nur mit „Nein“ antworten, ob wir aber als Arbeitnehmer und christliche Gewerkschafter die Verantwortung dafür tragen können, wegen 50—60 Arbeitern, die auf 6 oder 9 Monate unter vorgenommenen Bedingungen verfahrsweise auf dem Doppelstuhl arbeiten sollen, bei der jetzigen schlechten Konjunktur eine allgemeine Ausverkürzung in den Staufen zu nehmen, dies zu beurteilen, müssen wir jedem rechtlich und vernünftig denkenden Arbeiter überlassen.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Weber (Vorstand), vom Centralvorstand die Kollegen Köhling und Peich, ferner Klüttgen und mehrere andere Kollegen, die noch im Arbeitsverhältnis stehen.

Kollege S. bemerkte: Die Anforderungen an den Arbeitern am Doppelstuhl werden nicht schwerer, vielleicht leichter sein, als für den am einfachen Stuhl mit den komplizierten Teilsins. Es ist noch kein praktischer Vorschlag gemacht worden, wie wir an der Sache vorzugehen. Denken Sie an das große Heer der Unorganisierten. Wollen wir noch Mitbestimmungsrecht haben in den Fabriken, dann dürfen wir uns nicht niederknien lassen. Gerade diejenigen, die 1906 sehr hart dagegen waren, sind jedoch Vorsitzender des Doppelstuhs. Sprechen wir dem Vorstand unser Vertreten aus mit der Befreiung, nach welchen noch Beifalls herauszuholen, aber lehnen wir die Sache keineswegs rundweg ab. Wir werden nur auf unsere eigene Kraft angewiesen sein.

Redner beantragt folgende Resolution:

„Die heute, am 30. März 1908, in der Glashalle des Zoologischen Gartens torgende Versammlung der Mitglieder des Centralverbandes christlicher Textilarbeiter erklärt: Die Versammlung erkennt an, daß der Centralvorstand unseres Verbandes in der Doppelstuhlsfrage des Aachener Bezirkes die Interessen der Arbeiterschaft bisher voll und ganz vertreten hat. Die Versammlung bringt auch für die weitere Verfolgung der Sache dem Centralvorstand das größte Vertrauen entgegen und verspricht in anbricht der jetzigen Verhältnisse den Anordnungen des Centralvorstandes nachzukommen zu wollen.“

Da keine Diskussionsredner mehr vorgesehen wurde die Resolution zur Abstimmung gebracht und mit großer Majorität angenommen.

Die Sitzung des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, an deren Spitze der Genosse Ludwig Kühn aus St. Tönis steht, sowie der „deutsch-nationalen Textilarbeiterverein“, 19 Mitglieder, haben beschlossen, den Doppelstuhl nicht zu bedienen.

Letzterer hat ferner beschlossen, bei Verregelung seiner Mitglieder, letzteren 18 Mtl. pro Woche zu zahlen. Das wird aber ziehen! — Lieb' Vaterland magst ruhig sein! — Der „deutsche“ Verband gibt durch ein Blatt bekannt, daß er alle Gegner des Doppelstuhs als Mitglieder aufnimmt. Seine eigenen Mitglieder, die auf drei Stühlen weben, werden angeklagt, wie hier zu lesen ist.

Die letzte Nummer 13 des sozialdemokratischen Textilarbeiter berichtet nämlich folgendes:

Der Beschäftigungsstand war bis zum Schluss ein guter zu nennen. Eine Anfang 1908 aufgenommene Statistik im Berg-Creis Reichenbacher Bezirk zeigt aber die Anfang schlechten Geschäftsganges.

Da 100 abgefragten Betrieben waren 22047 Webstühle vorhanden, wovon 17372 mit 730 Ein- und 8232 Zweistuhlsiedlung (40%) webende befestigt waren. Seitdem der Verband die Antrittsgabe brachte, daß das Bedienen von

mehr als zwei Webstühlen in den Raum in weberien den Abschluß aus dem Verband zur Folge hat, sind nur wenige Übertragungsfälle zu verzeichnen.“

Aber in Sachsen und Thüringen dürfen die Genossen zwei Stühle bedienen, nur keine drei. Wenn die Genossen sich ehrlich mit dem Doppelstuhl beschäftigen, dann müßte der „deutsche“ Verband längst den Beschluss gefaßt haben, alle diejenigen aus dem Verband auszuschließen, die zwei Stühle bedienen.

Nachhelfen.

Die sozialdemokratische Gewerkschafts- und Parteipresse ist mitunter arg vergesslich. So berichtet in ihrer Nr. 13 vom 28. März d. J. die „Holzarbeiter-Zeitung“, Organ des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, über eine Beurteilung des christlichen Gewerkschaftsbeamten Salomon vom Keramikarbeiter-Verband zu drei Wochen Gefängnis wegen Verhandlung eines „Genossen“. Sie vergibt aber hierbei mitzuteilen, daß der „Genosse“ die Hiebe erhalten hat, während er sich des Haussiedlungsbruchs schuld gemacht und gleichfalls zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Vielleicht hätte sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ die Bemerkung: „Dieser Herr Salomon ist einer von denjenigen „Oberchristen“, die gar nicht genug über die Roheit und den Terrorismus der Sozialdemokratie schimpfen können“, gelassen, wenn er nicht augenscheinlich vergessen habe, daß Salomon im Jahre 1906 von dem sozialdemokratisch organisierten Glasarbeiter Bauer zu fünf hintertrücks niedergeschlagen wurde und der freitreibende „Genosse“ dafür 1 Jahr und 6 Monate ins Gefängnis wanderte. — In der selben Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist auch zu lesen, daß des christlichen Verleumder“ auf von Meß wegen Beleidigung der sozialdemokratischen Gewerberichtsbeisitzer zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt sei. Auch mit der „Holzarbeiter-Zeitung“ daran erinnert werden, daß sie etwas vergessen hat, nämlich die Tatsache, daß sie über die gleiche Angelegenheit schon früher und zwar in ihrer Nr. 2 vom 11. Januar d. J. berichtet. Natürlich war's Vergessenheit, dieses mitzuteilen; helleise hat die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht daran gedacht, doppelt zu nennen, weil's einen „Christlichen“ angibt. Gerne sei daher nachgeholfen, wenn die Vergesslichkeit zu arg wird, zumal unsere „werte Kollegin“ sich im Schweigen ihres Angesichts abmüht, Fälle wie die genannten, zusammenzutragen. Sicherlich wollen wir dabei helfen, weil's ja sein will. Damit aber keine Unordnung entsteht und jeder gewünschte Fall bei späteren Gelegenheiten ohne Mülltrengung wiedergefunden werden kann, nummerieren wir die Vorgänge.

Motto: „Seht dieser Sippeschuft das Auge auf die Brüder und die Haft aufs Auge.“ Leipzigiger Volkszeitung.

1. Weil er einen christlich-organisierten Schuhmacher, der nicht zum sozialdemokratischen Verbande vorstehen wollte, in seinem Schuhmacheramt erhielt der „frei“-organisierte Schuhmacher von Hardt vom Schönenbergergericht zu Bismarck am 28. Jan. 1903 20 Tage Gefängnis zudiktirt.

2. Weil er von der sozialdemokratischen Organisation nichts wissen wollte, wurde der Arbeiter Neumann zu Recklinghausen von dem „Genosse“ Battenfeld mit dem Messer bearbeitet und aus dem Fenster geworfen. Die Strafammer zu Bochum verurteilte Battenfeld im Februar 1903 zu zwei Jahren und einem Monat Gefängnis.

3. In Breslau wurde am 18. Sept. 1903 der sozialdemokratisch-organisierte Maurer W. Neumann von der Strafammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er durch gemeinsame Drohungen den Maurer Gonska zum Eintritt in den roten Maurerverband zwingen wollte.

4. Am 17. Oktober wurde ebenfalls in Breslau im roten Maurerverband organisierte Maurer Machate, der schon zweimal wegen Terrorismus vorbestraft war, wegen eines dritten großen Terrorismusvergehens zu der exemplarischen Strafe von 1½ Jahren Gefäng

Bei der Firma Chr. Andree arbeiten die Sammelfabrik morgens 8—12 und nachmittags 3½—4½ Uhr. In diesem Betriebe ist das Warten nicht so an der Tagesordnung wie in dem ersten genannten Betriebe. Bei der Firma Ling und Duhr wird gearbeitet von morgens 8—12, von 12—4½ Uhr. Auch hier wird man nicht so mit Warten bedacht. Hieraus erklärt sich unsere eingangs gemachte Wahrnehmung, daß man es sich nicht erklären kann, wie die Arbeiterschaft sich noch so leichtlich durchschlägt. Doch wäre es hiermit getan! Es werden Anforderungen an die Arbeiter gestellt, insbesondere auf Ausförderung, welche fast gar nicht nachzuhören ist, da es auch darum zu verarbeiten ist, die Materie viel zu wünschen übrig läßt. Die Arbeiter stehen den ganzen Tag ängstlich an der Maschine, um nur ja nicht auch noch von dem ohnehin spärlichen Verdienst vom Lieferschein noch gehördigt zu werden, oder, was noch viel schlimmer ist, sogar Entlassung zu erhalten, denn irgendwie anders unterzukommen ist fast gar nicht möglich. Es ist die höchste Zeit, daß einmal an maßgebender Stelle der Drang an der Produktion wieder hier zu ziehen, ernstlich näher getreten wird. Bei der Einigkeit der hiesigen Industrie liegt bei der jetzigen Krise das ganze Überleben wieder darin. Doch auch hier hat man in gewissen Kreisen schon dafür gesorgt, daß auswärtige Industrielle sich nicht so leicht hier ansiedeln. Hat man doch bei der guten Kunstfertigung von gewisser Stelle über die „hohen“ Wohne der Rentner viel geredet und über die hohen Aufsätze der Arbeiter. Dieses hat man sich im ganzen rheinischen Industriegebiet ganz bestimmt gemacht. Die hiesigen Unternehmer wollen gern das Geist in der Hand behalten, um den Arbeiter nur genügend zu behalten. Offenbar werden die Verhältnisse sich baldigst испern, zum Beispiel für unser gesamtes Wirtschaftsleben. Es gibt nun einzelne Arbeiter, welche meinen, bei den schlechten Preisen aus der Organisation austreten zu müssen, indem dieselben entloren, es hat ja doch keinen Zweck. Dies ist aber eine verkehrte Auffassung. Die Organisation kann die schlechten Konjunkturen nicht zurückhalten, aber sie kann doch dafür sorgen, daß die Löhne nicht ganz auf die Arbeiter abgestellt sind. Rästen wir uns, um zur Zeit guten Geschäftsganges das Verlorene wiederzuerufen zu können!

*
Nochmals die „soziale“ Firma in Wassenberg. In Nr. 13 unseres Fachberichts, so ich erinnere mich ein Kollege, habe ich einen Artikel gelesen über eine „soziale“ Firma in Wassenberg. Da sieben Kollegen und Kolleginnen waren, daß die Firma Rahmen und Gobbers nach dem Städtischen Wassenberg fremde Arbeiter und Arbeiterinnen holten? Auf diese Frage muß ich euch die Antwort schuldig bleiben, denn ich weiß nicht, welche Gründe für ihre Handlung maßgebend sein könnten. Die Löhne sind hier nämlich so „hoch“, daß alle Angestellte, Handwerker und Tagelöhner (von den Kaffardarbeitern) gar nicht zu reden, laufen gehen, wenn sie nur irgendwo anders eine Stellung befürworten können. Einem Arbeiter, welcher den Herrn Director fragt, worum man die Leute kommen ließ, wurde zur Antwort gegeben, sie hätten keinen, welcher ihnen den Nutzen von den von ihnen erbauten Häusern bezahlt. Und vor nicht langer Zeit wurde einem kleinen Arbeiter, als er sich eins der Häuser mieten wollte, gesagt, davon könnte er nichts bekommen, da seien sämtlich für fremde Arbeiter.

Und trotz allem lebt hier ein Arbeiter, welcher sich beschwert, Leute aus fernen Gegenden, wie z.B. aus Schlesien, Böhmen usw. unter altem Handelsvertrag nach hier zu locken. Neben solche Leute sollte man eigentlich nicht reden, man kann sich denken, aus welchem Holz die geschnitten sind. Christliche Arbeiter werden so etwas wohl schwerlich fertig bekommen. Ja, wird nun wohl mancher sagen, die Leute können ja wieder zurücktreten. Ja wohl! Aber woher das Reisegeld nehmen bei dem „schönen“ Verdienst?

Deshalb Kollegen und Kolleginnen in allen Gegenden, die Augen auf, lasst euch nicht durch schöne Versprechungen aus der Heimat locken, was euch später vielleicht bitter leid tun würde! Erst wagen, dann wagen!

Aus unseren Bezirken. Sachsen-Thüringen.

Greiz. Genosse Fischer auf dem Kriegspfad. Genosse Fischer, rühmlich bekannt aus dem glorreichen Feldzuge von 1907, hielt Kriegsrat; war doch wieder Kampftag. Unser Kollege Schäffer sollte gehängt, gefloppt und gefreuzigt werden. Wie die Falle die Mäuse nicht lassen kann, so bringt es auch Genosse Fischer nicht übers Herz, sich in seiner Weise so gut wie möglich zu blamieren. Mit neuer Sturmhaube, in geflügelter Eile stürzte er am vergangenen Sonnabend mit seiner Heldencharakter von etwa 25—30, im Radabau machen gutgekultivierten Genossen, sowie einem Schlotenmaler in der Person des Redakteurs der „Reußischen Volkszeitung“, Herrn Heustel, in die christl.-nat. Textilarbeiterversammlung, um den Reichstagsabgeordneten Schäffer, welcher über das Thema: „Zwei Weltanschauungen in der deutschen Arbeiterbewegung“ referierte, ins sozialdemokratische Praktikusbett zu legen. Doch mit des Geschichts Mädeln ist kein ewiger Bund zu schließen; schon ehe Genosse Fischer das Schlachtfeld der Christenvernichtung besteigen konnte, zweiteilte man seiner brausen Streiter das Schicksal, indem ihnen Gelegenheit geboten wurde, außerhalb des Versammlungsraumes ihre wilden Radauzüge fortzuführen. Fest endlich eröffnete Genosse Fischer, dieser „hungende Proletar“, den Kampf. Umgückt mit dem hölzernen Säbel der „Zentrumsgewerkschaften“ führte er die schönsten Lustfreuden aus. Was er schockt ist Unsinn, was er spricht ist Blech! Mit der politischen Dummheit eines Schubluden begabt, hätte dieser vom Geiste verlaufenen Genosse seine Ende gefunden, wenn ihn nicht die vorher fest gesetzte Bedrohung daran gehindert hätte. Mit rollenden Augen, von wilden Kampfesbeginn gerast, schwär er beim Heus: In der „Reußischen Volkszeitung“ das Programm der Christlichen in 1000 Strophen zu zerreißen und die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Selbst der rete Schichtenmaler, Herr Heustel auf der Galerie, wütete ob dieser jährlamen Feindsprodukte gewißlich sein Haar, als welche er gegen verlassen, verloren, verlassen sind wir, während die Anwesenden von der Richtigkeit einer leichten

Kaltwasserbehandlung überzeugt waren. Wie ein angehössener Ober, von donnerndem Beifall seiner Leibgarde begleitet, stürzte er in die äußerste Ecke des Saales, von wo aus er mit den Gebern eines siedenden Paares die rücksichtslose Verflüchtigung jedes vorgebrachten Anhanges seitens des Referenten Schäffer mit anführen mußte. Doch damit nicht genug, noch einmal brachten die folgenden Ausführungen des Kollegen Rümmele und Seidel diesen gewaltigen Tagesordnung an alle Kollegen als Einladung erlangten. Der erste Punkt, Einführung eines Extrabeitrages zwecks Anstellung eines Volkbeamten, rief eine lebhafte Debatte hervor. Alle Kollegen sahen die Notwendigkeit der Anstellung eines Volkbeamten ein, befürworteten aber zum Teil die Durchführbarkeit, da z.B. die Lohnverhältnisse im hiesigen Betrieb keine sozialen Ressourcen zu nennen sind. Zwecks weiterer Auseinandersetzung wurde dieser Punkt zur nächsten Versammlung verschoben. Der zweite Punkt der Tagesordnung, Gründung eines Gewerkschaftsverbands, wurde einer viergliedrigen Kommission zur Bearbeitung überreicht. Am Stelle des Vorvorsitzenden dieses Kollegen Leßing wurde Kollege Heinmann gewählt. Alsdann hielt Kollege Kuhn-Ersenbach ein bestätiglich aufgenommenes Referat über das neue Reichsvereinigungsgesetz. Unter Berücksichtigung wurde das Vorgehen der Firma bezügliche die Einführung des Dreistufigsystems einer scharfen Kritik unterzogen. Alle Diskussionsredner waren sich darin einig, daß bei dem Material, das wir verarbeiten müssen, es unmöglich sei den zweiten Stuhl in Gang zu bringen, von einem dritten können somit keine Rücksichten genommen werden. Gegen die erneute Majorierung zweier Kollegen, die sich weigerten, den dritten Stuhl zu bedienen, wurde protestiert und einstimmig der Wunsch ausgesprochen, endlich einmal energisch dagegen Front zu machen und die organisierten Arbeiter vor dieser Willkür in Schutz zu nehmen.

Hofgeismar. In der „Düsseldorfer Volkszeitung“ so wohl wie im „Textilarbeiter“ (s. b.) standen in den letzten Wochen fortwährende Notizen über die Behauptung eines früheren Mitgliedes unserer Organisation, wonach ich bei der Firma Wienands, Geisler und Geier im Herbst vorigen Jahres anlässlich einer Lohnbewegung „Privatstunden“ erteilt hätte. Da einer darüberversammlung darüber befragt, hatte ich eine gerichtliche Klärung in Aussicht gestellt. Letzteres trifft zu. Die angesprochene Erklärung gab ich an die Frage, ob es wahr sei, daß ich bei der Firma Wienands und Geisler anfalls „Privatstunden“ erteile. Einige Tage vorher ward mir von einem Mitgliede die Mitteilung gemacht, ich wäre vor 14 Tagen anfalls beim Inhaber genannter Firma gewesen, so hätte ein Mitglied des „deutschen“ Verbandes behauptet, er (der deutsche) hätte es selbst gesehen. Nun kam die Anfrage in der Versammlung, und ich stellte ich eine gerichtliche Klärung des Falles in Aussicht. Hätte man die Frage an mich gerichtet, ob ich bei den damaligen Lohnbewegungen mit der Firma verhandelt hätte, so würde ich dies ohne weiteres bejaht haben. Eine Tatsache abzuleugnen ist mir nicht und wird mir nicht einfallen. Bezuglich der Verhandlung selbst waren die Beantwortheit beauftragt worden, mit der Firma zu verhandeln. Wenn letztere den Vertreter des „deutschen“ Verbandes ablehnt, besteht für mich kein Grund, eine Aussprache meinerseits auch abzulehnen, besonders dann nicht, wenn 80% der Belegschaft Mitglieder unserer Organisation sind. Gegenüber der in Nr. 77 der „Düsseldorfer Volkszeitung“ von Siebmans abgegebenen Erklärung stelle ich fest, daß die Verhandlung meinerseits unter vollster Billigung der Mitglieder des Ausschusses, soweit sie bei uns verhandelt waren, stattgefunden hat. Zu diesen gehörte auch Siebmans. Es ist nichts weiter als Wortklauberei, wenn Siebmans erklärt, mir dazu keinen Auftrag gegeben zu haben. Weder in Rheindahlen noch sonst wo habe ich jemals von einem Auftrag seitens Siebmans gesprochen, nur habe ich festgestellt, daß unsere Ausschüsseglieder diesen Schrift gebläßt hätten. Der Einfluß, der sich ungünstig soll bemerkbar gemacht haben, läßt sich am besten beleuchten durch die Tatsache, daß die Belegschaft mit allen gegen eine Stimme mit dem Erziehern sich zufrieden erklärte. Es bleibt somit von der dramatischen Erklärung Siebmans in Wirklichkeit nichts anderes übrig, als die Erbarmlichkeit des eigenen Verhaltens. Es wirkt geradezu komisch, wenn dieser Mann mich der Lüge zeilt für Neuerungen, die ich nicht gemacht, wo ihm selbst, wegen angeblich fortgesetzten Lügens, bei der Firma gefündigt wurde. Das Siebmans sich in anderem Gefangen wieder finden würde, war entsprechend seiner Geistesrichtung vorauszusehen. Wir wünschen ihm Glück zu dieser Fahrt, mag er sich recht oft noch als Strohmann zu Agitationszwecken gebrauchen lassen. Das alte Wort steht wahr: „Schöne Seelen finden sich!“

F. Herzößl.

Rengersdorf. Zu der am 22. März einberufenen Mitgliederversammlung hatten sich die Kollegen und Kolleginnen sehr zahlreich eingefunden, sodass eine ganze Anzahl mit einem Stuhlpalz vorlieb nehmen mußte. Es war dies um so erfreulicher, da zu dieser Versammlung Kollege Camps und Fräulein Schultz aus Emddeten als Referenten erschienen waren. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Heibrock, die Versammlung mit einer kurzen Einleitung eröffnet hatte, erzielte er Fräulein Schultz das Wort zu ihrem Vortrage über die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterinnen. Ihre Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Sodann sprach unser Bezirksvorstand, Kollege Camps, über die Stadtkasse. Auch seine Worte fanden allgemeinen Beifall der Versammlung. Die Diskussion war sehr angeregt.

Bohne. Am 25. März hatten wir endlich mal wieder die Ehre, unsern Bezirksvorständen in unserer Mitte zu sehen. zunächst referierte dieser über die augenblickliche sozialpolitische Lage; besonders über das neue Reichsvereinigungsgesetz und die Arbeitskammern. Erstes sei für das Großherzogtum Oldenburg eine Verschlechterung der bisherigen Zustände. Der Gesetzentwurf betreffend Arbeitskammern bedürfe einer gründlichen Überarbeitung, wenn das erreicht werden sollte, was die Arbeiter wünschen. Notwendig sei aber auch, daß überall die Arbeiter mehr den Wert der gewerkschaftlichen Organisation kennen lernen und dementsprechend handeln. Kollege Plag betonte, daß die Arbeiter nicht nur Rechte zu fordern, sondern auch Pflichten zu erfüllen hätten. Zu letzterem Punkte mangelt es bei vielen. Kollege Camps sprach dann noch über einige örtliche Verhältnisse, besonders über Kronenfassen.

Nordhorn. Die Versammlung war gut besucht. An der Tagesordnung stand: Errichtung einer Bibliothek und eingehende Verbreitung unseres Verbandsblattes. Einstimmg wurde beschlossen, eine Bibliothek einzurichten und bauen die Bücher an jedem zweiten und vierten Sonntag im Monat bei dem Vorsitzenden, Kollegen Lindelamp, entliehen werden. Der Vorsitzende hielt hierzu einen längeren Vortrag über unser Ver-

bandsstatut, woran sich eine sehr lebhafte Diskussion knüpfte. Nachdem sodann Kollege Sparenberg noch sehr lehrreiche Worte und zur lebhaften Agitation aufgerufen, wurde die Versammlung geschlossen.

Otterbach (Pfalz). Eine verhältnismäßig gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 22. März hier statt. War doch auch eine sehr inhaltstreiche Tagesordnung an alle Kollegen als Einladung erlangt. Der erste Punkt, Einführung eines Extrabeitrages zwecks Anstellung eines Volkbeamten, rief eine lebhafte Debatte hervor. Alle Kollegen sahen die Notwendigkeit der Anstellung eines Volkbeamten ein, befürworteten aber zum Teil die Durchführbarkeit, da z.B. die Lohnverhältnisse im hiesigen Betrieb keine sozialen Ressourcen zu nennen sind. Zwecks weiterer Auseinandersetzung wurde dieser Punkt zur nächsten Versammlung verschoben. Der zweite Punkt der Tagesordnung, Gründung eines Gewerkschaftsverbands, wurde einer viergliedrigen Kommission zur Bearbeitung überreicht. Nach einem Rückblick auf das verflossene Jahr wurde vom Vorsitzenden noch die Hausagitation empfohlen. Die Vorderer erklärten sich bereit, diese zu übernehmen. Als Referent war der Kollege Schwarz gewonnen. Redner verstand es, in einem längeren Vortrage die Kollegen über die allgemeine Wirtschaftslage aufzuklären. Keiner Beifall lohnte ihn am Schlusse seiner Ausführungen. Da man keine Diskussion besiegte, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Südtirol. Unsere Versammlung vom 22. März war schlecht besucht. Es waren zwei Devisen zu wählen, und wurden die Kollegen Hobom und Bremann per Ablamimation gewählt. Alsdann berichtete Kollege Huber über seine bisherige Tätigkeit am Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewerbeamt in St. Gallenbach. Darüber wurde der wichtigste Punkt verhandelt. Stattdauerung, was wurde die Firma unterstellt, eingehend beprochen, zumal in letzter Zeit mehrere Fälle vorgekommen, welche dieses unbedingt erforderten. Alsdann wurde über weitere Bildungswahlen abgestimmt, wofür die Versammlung 8% für den Gewer

